



Innenausschuss

52. Sitzung (öffentlich)

22. Januar 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:55 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Marion Schmieder

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

Der Ausschuss beschließt, die Tagesordnungspunkte 8 – Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (Meldeauflagen als polizeiliche Standardmaßnahme) – und 9 – Fußball vor Gewalt schützen – Straftäter endlich wirksam ausschließen – zusammen zu behandeln.

1 Aktuelle Sicherheitslage nach den Ereignissen in Frankreich

8

Unterrichtung durch das Ministerium für Inneres und Kommunales

– Diskussion –

2 Gesetz zur Stärkung des Regionalverbandes Ruhr 23

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6866
APr 16/781

Der Ausschuss beschließt einstimmig, Tagesordnungspunkt 2 zunächst auf die nächste Tagesordnung zu schieben.

3 Zweites Gesetz zur Änderung des Rettungsgesetzes NRW 24

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6088
APr 16/689 – Neudruck

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP, den Antrag Drucksache 16/6088 in die nächste Sitzung zu schieben.

4 Nazis raus aus dem Stadion – Neonazis im Umfeld des Fußballs gemeinsam entgegentreten 28

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/7153

Bericht der Landesregierung

Der Antrag Drucksache 16/7153 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der Piratenfraktion abgelehnt.

5 Vereinsgründung von LEAP abgesagt: Hat der Maulkorbminister schon wieder zugeschlagen? 30

Vorlage 16/2418
Vorlage 16/2516

- 6 Planungsstand bezüglich neuer Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber und aktuelle Situation in den Einrichtungen** 41
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2618
- 7 Gesetz über den Vollzug der Abschiebehaft in NRW (Abschiebehaftvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen – AHaftVollzG NRW)** 46
- Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/7545
- Der Ausschuss beschließt einstimmig, diesen Tagesordnungspunkt zu schieben, da noch Klärungsbedarf besteht.
- 8 Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (Meldeauflagen als polizeiliche Standardmaßnahmen)** 47
- Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5038
APr 16/655
- Abschließende Beratung und Abstimmung
- In Verbindung mit:
- 9 Fußball vor Gewalt schützen – Straftäter endlich wirksam ausschließen** 47
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/4820
- Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4896
- Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Gesetzentwurf Drucksache 16/5038 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Piratenfraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Der Antrag Drucksache 16/4820 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Piraten gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion abgelehnt.

Der Entschließungsantrag Drucksache 16/4896 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP gegen die Stimmen der Piratenfraktion abgelehnt.

- 10 Generalstaatsanwälte beklagen Ermittlungs-Notstand** (TOP beantragt von der FDP-Fraktion; siehe Anlage) **51**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2602
- ohne Diskussion –
- 11 Hilferuf der Kölner Polizei nach Anstieg der Fallzahlen beim Wohnungseinbruch um 40 Prozent** (TOP beantragt von der CDU-Fraktion; siehe Anlage) **52**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2601
- 12 Rockerkrieg erreicht Düsseldorf** (TOP beantragt von der CDU-Fraktion; siehe Anlage) **62**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2616
- 13 Paderborner Polizeichef wegen „vorsätzlichen Geheimnisverrats“ zu 13.500 Euro Geldstrafe verurteilt** (TOP beantragt von der Piratenfraktion; siehe Anlage) **65**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2603

Innenausschuss

22.01.2015

52. Sitzung (öffentlich)

Sm

| | | |
|-----------|---|-----------|
| 14 | Verschiedenes | 66 |
| | a) Verabschiedung Dr. Orth | 66 |
| | b) Kosovo-Reise des MIK in der Zeit vom 17. bis 19. Juni 2015 | 66 |
| | Der Ausschuss beschließt einstimmig, dass an der Kosovo-Reise des MIK in der Zeit vom 17. bis 19. Juni 2015 – neben der Teilnahme des Vorsitzenden – jede Fraktion einen Teilnehmer entsenden kann. | |
| | c) Nächster Sitzungstermin ist Dienstag, der 27. Januar 2015, mit der Anhörung zum Antrag der Piratenfraktion zur Videoüberwachung. | 67 |

* * *

2 Gesetz zur Stärkung des Regionalverbandes Ruhr

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6866
APr 16/781

Thomas Stotko (SPD) teilt mit, dass nach seinem Wissensstand dieser Tagesordnungspunkt im federführenden Ausschuss für Kommunalpolitik erst im März verchiedet werde, da noch rechtliche Bedenken ausgeräumt werden sollten. Daher schlägt er vor, TOP 2 auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Lothar Hegemann (CDU) weist auf einen Bericht hin, in dem Herr Römer gesagt habe, vor der Sommerpause werde es nichts mehr. Nun werde ein Rechtsgutachten vergeben, und niemand wisse, wie lange Zeit das in Anspruch nehme. Insofern werde man vermutlich auch in der März-Sitzung nichts bewirken.

(Thomas Stotko [SPD]: Wenn Herr Römer das so gesagt hat, dann wird das wohl stimmen!)

Vorsitzender Daniel Sieveke bittet um ein rechtzeitiges Signal, ob der Tagesordnungspunkt nun auf die März-Sitzung gesetzt werden könne oder nicht. Er halte es nicht für sehr glücklich, Tagesordnungspunkte immer wieder auf die Tagesordnung zu setzen, die dann wieder abgesetzt würden, weil es noch weiteren Klärungsbedarf gebe.

Thomas Stotko (SPD) führt aus, er selbst habe auch nicht mehr Informationen erhalten. Der Innenausschuss sei überdies nur mitberatend; aber dennoch sei ihm daran gelegen, ein Votum abzugeben. Wenn sich nun im federführenden Ausschuss etwas Gravierendes ändere, dann müsse man das so hinnehmen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, Tagesordnungspunkt 2 zunächst auf die nächste Tagesordnung zu schieben.

